

lich finanzierten Festessen mit 20 Gängen die Bäuche vollschlagen und sich Dienstreisen auf die tropische Insel Hainan genehmigen, kritisierte die o.g. Zeitung. In den vergangenen Jahren hat die Zentrale mehrfach vergeblich versucht, den Privatvergütungen der Funktionäre auf Staatskosten Einhalt zu gebieten. Allein 1992 seien 36 Anordnungen hierzu erlassen worden, berichtete die *Fazhi Ribao*, doch trotz aller Verbote habe die Verschwendung von öffentlichen Geldern im Privatinteresse der Kader noch weiter zugenommen. (Ebenda)

Die Zunahme der Verschwendung öffentlicher Gelder für Festessen, Dienstreisen, Geschenke und diverse Vergütungen der Kader scheint in der Tat erheblich, wenn man einem Artikel in der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* Glauben schenken darf. Der Autor beruft sich auf eine Untersuchung des Zentralen Amtes für Statistik und der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Danach beliefen sich die Ausgaben der lokalen Partei- und Regierungsorgane sowie der staatlichen Unternehmen und Institutionen für die o.g. Zwecke im ersten Halbjahr 1993 auf rund 110 Mrd. Yuan (sic!). Allein die öffentlichen Bewirtungskosten in Restaurants und Gaststätten der oberen und mittleren Kategorien summieren sich auf 48 Mrd. Yuan. Der Besuch von Discos, Karaoke-Etablissements und Bars kostete die Staatskasse 5 Mrd. Yuan. Geschenke schlugen mit 15 Mrd. Yuan zu Buche, und auf den 18 wichtigsten innerchinesischen Flugstrecken flogen die Kader 8 Mrd. Yuan auf öffentliche Kosten zusammen. (JB, 9/1993, S. 40) -sch-

\*(13)

#### Zahl der Kader und der Verwaltungskosten enorm gestiegen

Die Zahl der in Partei- und Regierungsorganen, Massenorganisationen sowie staatlichen Unternehmen und Institutionen arbeitenden Beamten belief sich 1992 auf rund 35 Mio. (Xinhua, 25.7.93, in SWB, 6.8.93). Das sind fast doppelt so viel wie 1978, als es nur rund 18 Mio. "Kader" gegeben hatte (BRu, 37/1991, S. 26).

Die im Staatshaushalt ausgewiesenen Verwaltungskosten stiegen hingegen im Zeitraum von 1978 bis 1992 um fast das neunfache, nämlich von 4,9 Mrd. Yuan auf 43,1 Mrd. Yuan, während sich die gesamten Staatsausgaben im

gleichen Zeitraum nur vervierfachten. Dementsprechend stieg der Anteil der Verwaltungsausgaben im Staatshaushalt von rund 4,4% im Jahre 1978 auf rund 9,7% im Jahre 1992. (Guojia tongji ju, *Zhongguo tongji zhaiyao* 1993, Beijing 1993, S. 33)

Die im Staatshaushalt ausgewiesenen Verwaltungskosten sind nicht identisch mit den öffentlichen Ausgaben, die von den o.g. staatlichen Einrichtungen verursacht werden. Letztere sollen sich auf rund 40% der gesamten staatlichen Ausgaben belaufen. (Xinhua, 25.7.93, in SWB, 6.8.93) -sch-

---



---

## Kultur

---



---

\*(14)

#### Anmahnung journalistischer Ethik

Anfang August 1993 veranstaltete die ZK-Propagandaabteilung eine Tagung zum Thema "Stärkung der journalistischen Berufsethik". Damit reagierte die Partei auf die unter chinesischen Journalisten angeblich weitverbreitete Praxis, gegen Bezahlung von Betrieben positiv über diese und ihre Produkte zu berichten. Der Leiter der Propagandaabteilung, Politbüromitglied Ding Guan'gen, betonte auf der Konferenz, daß die Journalisten gegenüber der Partei und dem Volk eine hohe Verantwortung tragen und deshalb wirksame Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die journalistische Ethik zu stärken und "Nachrichten gegen Bezahlung" (*youchang xinwen*) strikt zu unterbinden. Obwohl das Kontingent der Journalisten nach den Worten Dings im großen und ganzen als gut zu bezeichnen sei, müsse man das Problem sehen, daß unter Journalisten zunehmend gegen die Berufsethik verstoßen würde und Nachrichten gegen Bezahlung verbreitet würden. Ding führte dies auf die Verehrung des Mammon und Korruptionserscheinungen in der Gesellschaft zurück. Bislang seien Nachrichten gegen Bezahlung zwar noch eine Randerscheinung, aber die Gefahr sei ernst, denn sie verderbe die Journalisten, schade dem Ansehen der Presse, beeinträchtige die Qualität der sozialistischen Pressearbeit und störe die Errichtung der neuen Ordnung der sozialistischen Marktwirtschaft. Artikel gegen Bezahlung schreiben und etwas Schlechtes als gut

hinstellen verstoße gegen die Prinzipien Wahrhaftigkeit, Objektivität und Redlichkeit sowie gegen das "Prinzip der Parteilichkeit von Nachrichten". Im sozialistischen China dürfe dies unter keinen Umständen erlaubt sein.

Ding Guan'gen rief die Medien dazu auf, das Vorgehen gegen bezahlte Gefälligkeitsberichte zu einem wichtigen Teil der Reform des Pressewesens zu machen und innerhalb ihrer Einheiten die entsprechenden Vorschriften zu verbessern. Außerdem ermahnte er sie, das "Zirkular betreffend die Stärkung des Aufbaus der Berufsethik der Journalisten und das Verbot von 'Nachrichten gegen Bezahlung'" gewissenhaft durchzuführen. (RMRB, GMRB, 5.8.93)

Dieses Zirkular war wenige Tage vor der Tagung, nämlich am 31.7.93, gemeinsam von der ZK-Propagandaabteilung und der Behörde für das Presse- und Publikationswesen erlassen und an alle Einheiten auf Provinzebene weitergeleitet worden. Darin heißt es, daß in den letzten Jahren unter Journalisten - und zwar sowohl bei Zeitungen und anderen Medien als auch bei einzelnen Journalisten - die unguete Tendenz aufgekommen sei, sich Interviews und Artikel bezahlen zu lassen. Diese Praxis schade dem guten Ruf der Presse und korrumpiere die Journalisten (GMRB, 5.8.93). In dem Zirkular werden folgende Punkte gefordert (ebd.):

1. Die Medien und Journalisten sollen sich an die gute journalistische Tradition halten, an der Richtung festhalten, dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, an den Prinzipien Parteilichkeit und Wahrhaftigkeit festhalten, Disziplin und Gesetze befolgen, redlich und rechtschaffen ihre öffentlichen Pflichten erfüllen, gewissenhaft ihre Arbeit versehen und das gute Erscheinungsbild und den guten Ruf der Pressearbeit bewahren.
2. Im Geiste des vom Hauptbüro des ZK und des Staatsrats erlassenen "Zirkulars über das strikte Verbot für Partei- und Regierungsorgane und ihr Personal, bei Amtstätigkeiten Geldgeschenke oder Wertpapiere anzunehmen" dürfen Medien und Journalisten von denen, über die sie Interviews oder Berichte schreiben, keinerlei Geldgeschenke oder Wertpapiere annehmen noch von ihnen Geld oder Geschenke verlangen. Ebenso wenig darf eine

Einheit Journalisten Geld oder Wertpapiere geben oder Journalisten bestechen, damit diese über ihr Gebiet oder ihre Einheit berichten.

3. Zwischen Nachrichten und Werbung muß streng unterschieden werden. Es ist nicht erlaubt, in Form eines Presseberichtes Reklame für eine Einheit zu machen. Für Presseberichte dürfen die Medien von demjenigen, über den sie berichten, kein Geld nehmen; alles, was für Geld gedruckt und verbreitet wird, muß als "Reklame" gekennzeichnet werden.
4. Zwischen Berichterstattung und unternehmerischen Aktivitäten muß streng unterschieden werden. Reporter und Redakteure dürfen sich nicht im Anzeigengewerbe betätigen und daraus Gewinn machen.
5. Die Medien müssen die im Pressewesen Beschäftigten gründlich in journalistischer Berufsethik sowie in Gesetzsystem und Disziplin erziehen. Sie müssen Regeln für Selbstkontrolle und Selbstbeschränkung festlegen und Kontrolle durch die Gesellschaft akzeptieren. Kollektive und Einzelpersonen unter den Journalisten, die redlich und sauber sind und vorbildhaft Gesetze, Disziplin und Berufsethik einhalten, sollen ausgezeichnet, gegen die Disziplin Verstößende streng bestraft werden.

Das Problem, daß Journalisten sich mit Geld oder anderen Geschenken bestechen lassen und dafür Gefälligkeitsartikel schreiben, scheint den Medien generell und nicht nur in Ausnahmefällen zu schaffen zu machen. Diesen Eindruck jedenfalls vermittelt die Presse. So wurden z.B. sowohl in der *Volkszeitung* als auch in der *Guangming-Zeitung* Berichte führender Medienleute veröffentlicht, u.a. vom Direktor der *Volkszeitung*, Shao Hua-ze, vom Direktor der Nachrichtenagentur Xinhua, Guo Chaoren, und vom Direktor der Zentralen Fernsehstation, Yang Weiguang, in denen sie die Erfahrungen und Gegenmaßnahmen in ihren eigenen Einheiten schildern. Neben Geld- und Geschenkforderungen wird beispielsweise auch erwähnt, daß sich Journalisten für entsprechende Gegenleistungen Auslandsreisen besorgen. Wie die Verfasser berichten, wurden in den angeführten Einheiten durchweg bereits vor Erlass des oben genannten Zirkulars eigene interne Bestimmungen zur Unterbindung der

Bestechungspraxis im Journalismus herausgegeben. Sie laufen alle auf eine stärkere Kontrolle durch die zuständigen Parteikomitees und Kontrollorgane hinaus.

Angesichts der in der chinesischen Gesellschaft allgemein verbreiteten Bestechungspraxis dürfte es schwierig sein, der Unsitte Herr zu werden, insbesondere deshalb, weil es gerade die führenden Kader sind, die mit schlechtem Beispiel vorangehen. Nicht umsonst wird immer wieder gefordert, die Führungskader mögen ein gutes Beispiel abgeben. Doch sie kommen zumeist ungeschoren davon, weil es keine unabhängigen Kontrollinstanzen gibt. In den erlassenen Bestimmungen wird zwar "Kontrolle durch die Gesellschaft" gefordert, aber letztlich ist es immer nur die Partei, die die Kontrolle ausübt.

Die offizielle Kritik an der angeblich weitverbreiteten Bestechungspraxis im Journalismus muß als Teil der gegenwärtig laufenden Antikorruptionskampagne gesehen werden, die selbstverständlich ihre Berechtigung hat. Es ist allerdings nicht ganz einzusehen, warum gerade die Medien so in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden, zumal es in der chinesischen Gesellschaft viele andere Bereiche geben dürfte, in denen der Korruptionsvorwurf angebracht wäre. In diesem Sinne soll sich, wie die Hongkonger Zeitung *Ming Pao* berichtet, ein namentlich nicht genannter Journalist aus Beijing geäußert haben (vgl. *Ming Pao*, 23.8.93, nach SWB, 25.8.93). Der Verdacht, daß die Partei mit der Kritik am Journalismus zusätzlich einen anderen Zweck verfolgt als die Bekämpfung der Korruption, ist durchaus nicht abwegig. Es ist zu vermuten, daß der gegenwärtig angesagte Kampf gegen Bestechung und Korruption der Partei einen willkommenen Anlaß bietet, die Medien stärker zu kontrollieren - ähnlich wie ja auch der Kampf gegen die angeblich weitverbreitete Pornographie im Grunde nur den Vorwand liefert, unliebsame Druckerzeugnisse, Tonbänder, Videos u.ä. vom Markt zu nehmen. So wird als Ergebnis der neuen Bestimmungen gegen das Bestechungswesen im Journalismus wohl hauptsächlich eine verschärfte Kontrolle der journalistischen Arbeit zu konstatieren sein. -st-

\*(15)

### Schärfere Kontrolle über das Pressewesen

Im Pressewesen der VR China ist es in jüngster Zeit zu zahlreichen Verhaftungen und Säuberungen gekommen, die teils als Maßnahmen im Rahmen des Vorgehens gegen Bestechung und Korruption im Journalismus, teils aber auch als Ausdruck einer insgesamt verschärften Kontrolle über die Medien zu sehen sind. So wurden im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal der Beijinger Great Wall Machinery and Electronic Technology Development Corp. (vgl. C.a., 1993/6, Ü 30) weitere Journalisten verhaftet; es handelt sich dabei zumeist um Redakteure und Reporter von Wirtschaftszeitungen, namentlich der *Zhongguo Jiancai* ("Baumaterial in China"), einem Organ des Staatlichen Büros für Baumaterial, das in den Skandal verwickelt sein soll. (*Ming Pao*, Hong Kong, 23.8.93, nach SWB, 25.8.93)

Ein anderer Fall ist der von Wu Shishen, Redakteur im Ressort Innenpolitik der Nachrichtenagentur Xinhua. Wu wurde Ende August 1993 in Beijing zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er angeblich im Oktober 1992 den gesamten Text der Rede Jiang Zemin auf dem XIV. Parteitag über einen Mittelsmann der chinesischsprachigen Hongkonger Zeitung *Express* hatte zukommen lassen und dafür 5.000 Yuan erhalten hatte. Der Mittelsmann erhielt sechs Jahre Gefängnis. Von den chinesischen Behörden wird das Vergehen als Verkauf von "Staatsgeheimnissen" eingestuft (vgl. IHT, 31.8.93). Auf Verrat oder Verkauf von Staatsgeheimnissen reagiert China besonders empfindlich; daraus erklären sich die unverhältnismäßig hohen Haftstrafen.

Auch mangelnde politische Linientreue wird bestraft. So wurde jüngst Wu Hao, stellvertretender Leiter des Ressorts Innenpolitik der *Volkszeitung* und Chefredakteur der Zeitschrift *Shidai Chao*, wegen "unpassender" Bemerkungen seiner beiden Posten enthoben. Er soll vorgeschlagen haben, den Ausdruck "Ausrichtung auf ein Ziel" zu vermeiden, weil dieser an die Planwirtschaft erinnere und nicht zur Marktwirtschaft passe. Außerdem soll er die Behörden aufgefordert haben, sich weniger einzumischen. Diese Äußerungen, so heißt es, liefen der Stärkung der makroökonomischen Regu-

lierung und Steuerung [der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Linie] zuwider und hätten die Leser in die Irre geführt. (*Ming Pao*, a.a.O.)

Eine verschärfte Medienkontrolle kommt jedoch nicht nur in den genannten Bestrafungen zum Ausdruck, sondern beispielsweise auch in dem erneut von der ZK-Propagandaabteilung gegenüber der inländischen Presse bekräftigten Verbot, Artikel ausländischer Medien abzdrukken. Dieses Verbot gilt auch für die offizielle Chinesische Nachrichtenagentur (*Zhongguo Xinwen She*); deren Nachrichten, so lautet die Begründung, seien für Leser im Ausland bestimmt und sollten daher nicht in der inländischen Presse erscheinen. (Ebd.)

Nicht zuletzt ist der Erlaß restriktiver Bestimmungen hinsichtlich von Pressekonferenzen als Anzeichen einer stärkeren Kontrolle zu sehen. In Ergänzung des im Jahre 1992 vom Hauptbüro des Staatsrats herausgegebenen "Rundschreibens über das Abhalten von Pressekonferenzen in Beijing" wurde vor kurzem ein weiteres Zirkular erlassen, das folgende Bestimmungen enthält:

1. Pressekonferenzen, die von Behörden des Staatsrats und Einheiten auf Provinzebene oder Städten mit der Planungsbefugnis von Provinzen in Beijing abgehalten werden, sollten hauptsächlich die Reform- und Öffnungspolitik, die Wirtschaft, den Aufbau der geistigen Zivilisation und wichtige, die Allgemeinheit interessierende Themen behandeln.
2. Die Behörden des Staatsrats und die Einheiten auf Provinzebene sowie die Städte mit entsprechender Planungsbefugnis dürfen selbständig Presskonferenzen beschließen, müssen aber der Behörde für das Presse- und Publikationswesen Bericht erstatten. Der Stadt Beijing unterstehende Einheiten müssen für das Abhalten von Pressekonferenzen die Genehmigung der Beijinger Stadtregierung einholen. Desgleichen müssen Einheiten, die dem Staatsrat oder einer Einheit auf Provinzebene unterstehen, sowie Unternehmen, Massenorganisationen und Einzelpersonen beim Staatsrat oder der entsprechenden Provinzregierung um Erlaubnis bitten. Die Genehmigungen müssen in

jedem Fall bei der Behörde für das Presse- und Publikationswesen registriert werden.

3. Wenn es bei Pressekonferenzen um bestimmte Produkte, wissenschaftlich-technische Errungenschaften oder technische Patente geht, so müssen bei der Registrierung Gutachten oder Zeugnisse beigebracht werden, die von den übergeordneten, für Qualität, Kontrolle, Aufsicht, Inspektion und Patente zuständigen Behörden ausgestellt sind.
4. Presseorgane dürfen keine Interviews oder Meldungen über nicht registrierte Pressekonferenzen bringen.
5. Die Veranstalter von Pressekonferenzen sollen sich streng an das Prinzip halten, daß Nachrichten wahr sein müssen. Sie dürfen keine Partei- und Staatsgeheimnisse preisgeben.
6. Auf Pressekonferenzen soll der Geist der Sparsamkeit herrschen. Geldgeschenke oder Geschenke von Wertgegenständen an Journalisten sind verboten. (GMRB, 14.8.93)

Nach diesen Bestimmungen dürfen Pressekonferenzen in der Hauptstadt nicht unautorisiert veranstaltet werden. Selbst auf den Inhalt nimmt der Staat Einfluß. Zugleich soll der Preisgabe von Partei- und Staatsgeheimnissen sowie Bestechungen vorgebeugt werden. -st-

\*(16)

#### Preisgekrönter Film in China verboten

Der in diesem Jahr in Cannes zusammen mit dem Film "Das Piano" mit der Goldenen Palme ausgezeichnete chinesische Film "Leb wohl, meine Konkubine" von Chen Gaige ist in China verboten worden. Den Filmzensoren soll die kritische Sicht der kommunistischen Herrschaft nicht gepaßt haben. Eine Rolle bei der Entscheidung scheint auch gespielt zu haben, daß der Film die homosexuelle Beziehung zwischen zwei Pekingopernsängern darstellt und einer von ihnen nach der Kulturrevolution freiwillig aus dem Leben scheidet. Das Verbot kam überraschend, denn die chinesischen Behörden hatten Anfang Juli zunächst die landesweite Verbreitung erlaubt. Auch hatte der Film in Beijing seine offizielle Premiere erfahren, allerdings in et-

was gekürzter Form. Weitere öffentliche Vorführungen wurden dann untersagt. Lediglich in Shanghai durfte der Streifen bis Anfang August laufen, weil dort bereits Kinokarten verkauft worden waren. Chen Gaige äußerte gegenüber der Entscheidung der chinesischen Zensoren Bedauern und Unverständnis. (SCMP, 29.7.93) Er zählt zu den renommiertesten und international bekannten chinesischen Regisseuren, was u.a. dadurch dokumentiert ist, daß er auf der Biennale in Venedig im August 1993 Mitglied der internationalen Jury war (vgl. FAZ, 30.8.93). -st-

\*(17)

#### Restriktivere Kulturpolitik

Neben der verstärkten Kontrolle im Pressewesen und einer strengeren Filmzensur lassen sich weitere Eingriffe von seiten der Regierung anführen, die für eine restriktivere kulturpolitische Linie sprechen. War im vergangenen Jahr noch Hoffnung aufgekommen, daß Deng Xiaopings Reformoffensive sich vielleicht doch günstig auf das Kulturleben auswirken könnte, so muß nunmehr klar gesehen werden, daß Partei und Regierung nicht gewillt sind, eine kulturelle Lockerung zuzulassen, sondern im Gegenteil darauf bedacht sind, alle kulturellen Bereiche unter noch strengere Kontrolle zu stellen und etwaige Tendenzen zur Verselbständigung zu unterdrücken. Der Parteiführung scheint die Antikorrupionskampagne sehr gelegen zu kommen, weil sie den Vorwand liefert, insbesondere die Kontrolle über die Medien zu intensivieren. Neben den Presseorganen werden vor allem die Hörfunk- und Fernsehprogramme unter die Lupe genommen. Bei ihnen wird der hohe Anteil von Programmen aus Hongkong und Taiwan kritisiert, der nun merklich gekürzt werden soll. Die ZK-Propagandaabteilung hat verfügt, daß die Rundfunk- und Fernsehstationen sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene den Anteil der von außerhalb des Festlands übernommenen Sendungen verringern müssen, und zwar darf der Anteil bei gewöhnlichen Fernsehsendungen nur noch 20 Prozent, bei Kabelfernsehen höchstens 30 Prozent betragen. Alle Rundfunksender, die sog. "hot line"-Programme mit Hörern außerhalb des Festlands eingerichtet haben, d.h. Programme, bei denen direkte telefonische Kontakte mit Hörern aus Hongkong und Taiwan hergestellt werden, müssen diese ab-

sofort einstellen. Auch Aufzeichnungen oder Übertragungen von Konzerten, die Sänger aus Hongkong oder Taiwan in China geben, dürfen nur noch in beschränktem Umfang im Fernsehen oder Hörfunk gesendet werden. Darüber hinaus wurden Rundfunkprogramme und Stellen, die Ehepartner aus Übersee vermitteln, verboten. (*Ming Pao*, Hongkong, 9.8.93, nach SWB, 14.8.93)

Aufschlußreich für die gegenwärtige restriktive Situation im Kulturbereich ist eine interne Rede des Propagandachefs Ding Guan'gen zum Thema sozialistische Literatur und Kunst, über die eine Hongkonger Zeitschrift berichtet (vgl. *Cheng Ming*, 1993/8, S.32-33). Die Rede muß kurz vor dem Juni dieses Jahres gehalten worden sein, denn in dem Bericht heißt es, sie sei im Juni vom Hauptbüro des ZK und der ZK-Propagandaabteilung als wichtiges Dokument herausgegeben worden. Man kann mit - allerdings geringen - Vorbehalten davon ausgehen, daß der Hongkonger Zeitschrift das Dokument vorgelegen hat. Dem Bericht zufolge gliedert sich die Rede in zwei Teile; im ersten übt Ding Kritik an der kulturellen Szene in jüngster Zeit, im zweiten spricht er mehrere Verbote aus.

Dings Kritik richtet sich in erster Linie an die Filmemacher der mittleren und jüngeren Generation. Vor 1989, so soll der Propagandachef gesagt haben, habe in Filmkreisen eine "äußerst reaktionäre Auffassung" geherrscht, die er mit den Worten beschrieben haben soll: "Wenn ein Film einen großen Preis erhalten will, muß er die Kommunistische Partei verurteilen." Nach der Befriedung des politischen Sturms von 1989, so Ding weiter, habe sich die Filmwelt mit Unterstützung des ZK konsolidiert (*zhengdun*), und es sei von Literaten und Künstlern eine Reihe von Kunstwerken erschienen, die den Sozialismus priesen. Gleichzeitig aber gebe es eine Gruppe von Drehbuchautoren, Regisseuren und Schauspielern mittleren und jüngeren Alters, die nur auf den Kassenerfolg und westliche Werte blickten. Bei der Themenauswahl für ihre Filme würden sie die KPCh verunglimpfen und das sozialistische System ablehnen, um westlich-bürgerlichem Geschmack zu entsprechen. Einige Filmemacher würden sogar jegliche nationale Selbstachtung abtun und nur die gesellschaftlichen Schattenseiten oder die schlechten Gewohnheiten des Volkes darstellen, um das Interesse des westlichen Publi-

kums zu wecken. Unter den Drehbuchautoren und Regisseuren mittleren und jüngeren Alters gebe es durchaus Leute mit künstlerischem Talent; wenn sie mit ihrer Begabung Filme und Fernsehstücke produzierten, die nicht dem Denken in der sozialistischen Literatur und Kunst entsprächen, dann würde dies der Gesellschaft und Partei großen Schaden zufügen. Ein künstlerisch hervorragendes, aber politisch problematisches Werk würde für den Aufbau der sozialistischen geistigen Kultur eine größere Gefahr darstellen als die sog. theoretischen Artikel von ins Ausland geflohenen, gegen die Partei eingestellten Politikern. Überdies würden die Film- und Fernsehleute einseitig vorwiegend Tragödien inszenieren, in denen es selbst für die Reformperiode keine positiven Aussichten gebe.

Im folgenden erläutert Ding Guan'gen, welche Maßnahmen bei schädlicher Kunst zu ergreifen seien. Dabei macht er in der Kultur zwei schädliche Strömungen aus: Pornographie und bürgerlich-liberales Gedankengut. Pornographische Werke seien relativ leicht zu erkennen, und entsprechend einfach sei mit ihnen zu verfahren. Seien solche Werke bereits erschienen, könne man mit gutem Gewissen administrative Maßnahmen und wirtschaftliche Sanktionen verhängen, wenn notwendig, seien auch "diktatorische Maßnahmen" auf der Grundlage der staatlichen Gesetze anzuwenden. Anders hingegen verhalte es sich bei literarischen und anderen Kunstwerken, die bürgerlich-liberales Gedankengut enthalten. Hier gebe es zwei Schwierigkeiten, nämlich zum einen, daß die Bewertungskriterien nicht leicht zu fassen seien, zum anderen, daß die Handhabung solcher Fälle nicht leicht sei. Ding gesteht ein, daß die Frage der Bewertungskriterien nicht in zwei-drei Sätzen zu klären sei. Mit diesem Problem würde sich das ZK demnächst in einem speziellen Dokument befassen.

Bei Werken mit eindeutig bürgerlich-liberalen Gedanken sei folgendermaßen zu verfahren: Bereits erschienene Werke dürften weder ausgeliefert noch vertrieben werden. Bereits auf dem Markt befindliche Werke müßten wieder eingezogen werden. Einheiten und Einzelpersonen, die Werke mit schweren politischen Fehlern veröffentlichten oder vertrieben, sollten - ähnlich wie bei pornographischen Werken - mit Geldstrafen belegt werden, wobei diese Geldstrafen hoch zu sein hätten.

Bei Werken mit politischen Fehlern dürften allerdings - anders als vor 1978 - keine "diktatorischen Maßnahmen" (gemeint sind wohl Verhaftungen), sondern lediglich administrative Maßnahmen und wirtschaftliche Sanktionen angewendet werden.

Den Einwand, daß unter einer zu strengen Kontrolle von Literatur und Kunst der Ruf der Marktwirtschaft leiden könne, da sich ja die Kultur auch den Gesetzen des Marktes unterwerfen müsse, läßt Ding Guan'gen nicht gelten. Genauso wie in der materiellen Produktion keine falschen und schlechten Produkte auf den Markt kommen sollten, so dürften auch keine schlechten geistigen Produkte hergestellt werden. Im übrigen verwehrt sich Ding dagegen, Werke, die im Ausland Anerkennung und Auszeichnungen erhalten haben, automatisch als gut oder als schlecht einzustufen. Daß ein Werk im Westen Anerkennung gefunden habe, sei kein Grund, es in China zu verbreiten.

Das Film- und Fernsehbüro des Kulturministeriums rief der Propagandachef auf, sich an folgende Grundsätze zu halten: Bei Kino- und Fernsehfilmen, die von China finanziert und in China gedreht werden, ist vorab das Drehbuch auf seinen politischen Inhalt und seine gesellschaftliche Wirkung hin zu prüfen. Filme, die vom Ausland finanziert und in chinesisch-ausländischer Koproduktion entstanden sind, müssen ebenfalls einer strengen Prüfung unterzogen werden, bevor sie in China laufen können. Tauchen bei einem Film mit ausländischer oder gemischter Finanzierung Probleme auf, dann kann er nach Revidierung in China gezeigt werden. Wenn ein Film revidiert werden soll, der im Ausland bereits einen Preis erhalten hat, dann muß zuerst mit den Geldgebern, Vertreibern, Drehbuchautoren und Regisseuren verhandelt werden, um kein schlechtes Bild abzugeben und vor allem, um Prozesse zu vermeiden.

Daß der chinesische Film weltweit so großen Anklang findet, bereitet der KPCh offensichtlich Probleme. Einerseits dürfte es ihren Nationalstolz beflügeln, wenn chinesische Filme mit internationalen Preisen ausgezeichnet werden, andererseits sind die orthodoxen Marxisten innerhalb der Partei, zu denen der Leiter der Propagandaabteilung allemal gehört, in erster Linie auf die einwandfreie ideologische Ausrichtung der Filme bedacht. Dieser Zwie-

spalt, der mit Sicherheit auch innerhalb der Parteiführung zu Differenzen führt, kommt deutlich in dem Hin- und Herschwanken beim Anlaufen des in Cannes ausgezeichneten Films "Lebwohl, meine Konkubine" zum Ausdruck. Allerdings sind auch die Orthodoxen um den guten internationalen Ruf Chinas bemüht, denn immerhin soll über Revidierungen von Filmen mit den Beteiligten möglichst Einvernehmen erzielt werden. -st-

\*(18)

#### Renaissance der "Nationalstudien"

Wie weit sich China in geistig-kultureller Hinsicht von den Idealen der maotistischen Zeit entfernt hat, dokumentiert sich kaum deutlicher als in der Renaissance der sog. "Nationalstudien" (*guoxue*), die die Volksrepublik derzeit erlebt. Die "Nationalstudien" kamen Anfang dieses Jahrhunderts auf und gelangten in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zur Blüte. Sie widmeten sich der traditionellen Kultur, insbesondere dem Konfuzianismus, aber auch anderen philosophischen Schulen, mit dem Ziel, die nationale Kultur zu bewahren, weil man glaubte, nur so könne die chinesische Nation überleben. Eng mit dem Begriff *guoxue* zusammenhängend ist der Begriff *guocui*, was soviel bedeutet wie "nationale Essenz", also die Essenz der chinesischen Kultur, die in den "Nationalstudien" thematisiert wurde.

Nun ist spätestens seit Mitte der achtziger Jahre nicht mehr zu übersehen, daß sich die Geistes- und Kulturwissenschaften in China verstärkt der traditionellen Kultur zuwandten, und zwar nicht mehr nur punktuell jenen Bestandteilen, die für die sozialistische Gegenwart zu instrumentalisieren waren, sondern es wurde das breite Spektrum des kulturellen Erbes wiederentdeckt. Dies ist offensichtlich ein notwendiger Begleitumstand der Reform- und Öffnungspolitik und seit Jahren zu beobachten. Neu allerdings ist, daß das intensive Studium der traditionellen Kultur mit dem bislang verpönten Ausdruck *guoxue* bezeichnet wird. Über die Umstände dieser Renaissance erschien kürzlich ein ganzseitiger Artikel in der *Volkszeitung* (16.8.93).

Darin wird berichtet, daß an der Beijing-Universität (Beida), die auch früher Zentrum der "Nationalstudien" war, im Mai dieses Jahres die erste Nummer eines Jahrbuches mit dem Ti-

tel *Guoxue Yanjiu* ("Guoxue-Studien") herausgebracht wurde. Vorausgegangen war im letzten Jahr die Gründung eines "Zentrums der Beijing-Universität zur Erforschung der traditionellen chinesischen Kultur", das als Herausgeber des neuen Jahrbuchs fungiert. Das Zentrum speist sich aus Mitgliedern von acht Institutionen der Beida, die sich wissenschaftlich mit der traditionellen Kultur befassen, darunter dem Literaturwissenschaftlichen, Historischen, Philosophischen und Archäologischen Seminar. Zur Begründung für den Aufschwung der "Nationalstudien" werden in dem Artikel Gelehrte der Beida mit folgenden Worten zitiert:

"Der Aufbau der geistigen Zivilisation ist nicht von unserer kulturellen Tradition zu trennen. Die sog. 'chinesischen Charakteristika' sind ein wesentlicher Inhalt der kulturellen Tradition Chinas. ... Die traditionelle chinesische Kultur ist konzentrierter Ausdruck der großen Weisheit und Schaffenskraft der chinesischen Nation. Sie hat in dem langen historischen Prozeß das chinesische Volk aller Nationalitäten zusammengehalten und die Lebensart der Chinesen geleitet; sie durchdringt heute immer noch das praktische Leben und bestimmt unmerklich Denken und Handeln der Chinesen. Das intensive Studium der traditionellen chinesischen Kultur ist ein grundlegendes Projekt, um die neue sozialistische Kultur zum Blühen zu bringen, das Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen der Chinesen zu steigern und die nationale Bindekraft zu stärken."

Aus diesen Worten wird deutlich, daß die Wiederkehr der *guoxue* in hohem Maße von nationalen Motiven geprägt ist, genauso wie dies auch in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, zumal unter der Guomindang-Herrschaft, der Fall war. Heute wird bewußt an die Tradition der früheren *guoxue* angeknüpft; so wird in dem Artikel auch die Geschichte der "Nationalstudien" beleuchtet, z.B. die Gründung der "Vierteljahresschrift für Nationalstudien" (*Guoxue Jikan*) an der Beida im Jahre 1923, als deren Herausgeber der unter Mao verketzerte Hu Shi genannt wird. Die Zeitschrift, so wird berichtet, habe mit Unterbrechungen bis 1950 existiert. Mit spürbarem Bedauern wird gesagt, daß der Begriff *guoxue* nach 1950 verschwand und nicht mehr verwendet wurde.

Bemerkenswert ist, daß zwei Tage nach Erscheinen des genannten Artikels wiederum in der *Volkszeitung*, und zwar diesmal auf der ersten Seite, ein kurzer Artikel veröffentlicht wurde, der die Überschrift trägt: "Lange nicht gesehen, 'guoxue'!", als wenn nach langem Vermissen ein alter Freund wieder begrüßt würde. In diesem Beitrag wird die Bedeutung des Begriffs *guoxue* erklärt, denn - so heißt es - da man dem Begriff so lange nicht begegnet sei, sei er jüngeren Menschen fremd geworden. Die Erklärung für *guoxue* lautet "Erforschung der traditionellen chinesischen Kultur". Des weiteren wird auf das Forschungszentrum an der Beida hingewiesen, wo sich chinesische Wissenschaftler seit Jahren diesem Thema widmeten und dabei an die Tradition der Beida anknüpften. Zwar fehlt nicht die Bemerkung, daß die Studien unter der Führung des Marxismus eine neue Stufe erreicht hätten, doch scheint sie nur aus formalistischen Gründen angefügt und nicht essentiell zu sein. Entscheidend ist vielmehr die nationale Komponente, die auch in diesem Kurzaufsatz deutlich zum Ausdruck kommt dadurch, daß Teile des obigen Zitates wörtlich gebracht werden, also z.B. betont wird, daß die "Nationalstudien" zur Steigerung des Selbstwertgefühls und Selbstvertrauens der Chinesen wichtig seien (vgl. RMRB, 18.8.93). -st-

\*(19)

#### Bestimmungen über die Ausrottung des Analphabetentums revidiert

Die am 5.2.1988 vom Staatsrat erlassenen "Bestimmungen zur Arbeit der Ausrottung des Analphabetentums" sind kürzlich revidiert worden. In der neuen Form wurden sie am 1.8.93 vom Staatsrat verkündet und im vollen Wortlaut am 11.8.93 in der *Volkszeitung* veröffentlicht. Die aus 17 Punkten bestehende Regelung ist an einigen Stellen schärfer gefaßt, an anderen ergänzt worden, um die Verbindlichkeit für alle Analphabeten zwischen 15 und 40 Jahren zu betonen, lesen und schreiben zu lernen (vgl. dazu RMRB, 10.8.93). Ausgenommen sind nur Leute, die die Lernfähigkeit verloren haben, was jedoch von den Erziehungsbehörden auf Kreisebene amtlich festgestellt werden muß (Ergänzung zu § 2). Zuständig für die Alphabetisierung sind die Basiseinheiten, d.h. Betriebe, Dorf- und Einwohnerkomitees, die unter der Führung der örtlichen Behörden entsprechende Aktivitäten

organisieren müssen. Bei der Alphabetisierungsarbeit soll die Vermittlung kultureller Kenntnisse eng mit der praktischer Fertigkeiten gekoppelt sein. In der revidierten Fassung ist genau festgelegt, wann eine Einheit als alphabetisiert gilt: Auf dem Lande müssen 95 Prozent der Bewohner, die nach dem 1.10.1949 geboren sind und das 15. Lebensjahr vollendet haben, 1.500 Schriftzeichen kennen, in den Städten mindestens 98 Prozent 2.000 Schriftzeichen. Neu verfügt worden ist, daß alle Einheiten, die das Analphabetentum im wesentlichen ausgerottet haben, die Pflichterziehung der Elementarstufe einführen müssen (§ 7). Neu hinzugekommen ist zudem ein Passus, daß die örtlichen Regierungen dafür zu sorgen haben, daß alle Analphabeten oder halben Analphabeten an den Bildungsmaßnahmen teilnehmen. Leute, die sich weigern, müssen durch Kritik unterwiesen werden, und es müssen wirksame Maßnahmen für deren Schulbesuch ergriffen werden (§ 14).

Die Ausrottung des Analphabetentums stellt eine wichtige Forderung im Reformprogramm für das Bildungswesen dar, den "Grundzügen der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens", die am 27.2.93 veröffentlicht wurden. Insofern ist die Revision der Bestimmungen als unmittelbares Ergebnis des Reformprogramms zu sehen. -st-

\*(20)

#### **Drosselung des Hochschulzugangs**

In unüblicher Weise hat die Staatliche Erziehungskommission wenige Wochen vor Beginn des neuen Studienjahres in den Prozeß der Hochschulzulassungen eingegriffen. In einem Rundschreiben an alle regulären Hochschulen und Universitäten forderte sie diese auf, die Zahl der Neuzulassungen zu reduzieren, sich dabei an die staatlichen Planvorgaben zu halten und in jedem Fall die Genehmigung der Staatlichen Erziehungskommission für alle Neuzulassungen einzuholen (RMRB, 13.8.93). Einige Hochschulen wurden angewiesen, ihre Zulassungen zu beschränken, andere mußten den Aufnahmeprozeß einstellen. Betroffen sind ausdrücklich auch solche Hochschulen, die die offizielle Genehmigung haben, zusätzlich zum staatlichen Plan in eigener Verantwortung Studenten aufzunehmen. Als Begründung wurde angegeben, daß bei den meisten

Hochschulen die finanzielle und räumliche Kapazität nicht ausreiche. Hochschulen, die autorisiert sind, Studenten aufzunehmen, die von dritter Seite finanziert werden, d.h. im Auftrag eines Betriebes oder einer Institution studieren, können solche Studenten aufnehmen, müssen aber die Zustimmung der zuständigen Behörden haben und sie in den staatlichen Plan einreihen. Ohne offizielle Genehmigung darf keine Hochschule zusätzliche Studenten aufnehmen. (RMRB, 13.8.93) Betroffen sind ausschließlich Kandidaten, die im Auftrag Dritter studieren, und Selbstzahler. Kandidaten, die das staatliche Aufnahmeverfahren durchlaufen haben, erhalten die Zulassung (ebd.).

Das Eingreifen des Staates war offensichtlich notwendig geworden, weil die Hochschulen in ihrem Bestreben, möglichst viele zahlende Studenten aufzunehmen, um ihre Finanzen aufzubessern, übermäßig viele Auftragsstudenten und Selbstzahler zulassen wollten. Der Staat hat darauf zu achten, daß ein ordentlicher Lehrbetrieb gewährleistet ist. Die Zahl der Neuzulassungen sollte in diesem Jahr bei etwa 800.000 liegen. Wie verlautet, ist sie leicht heraufgesetzt worden, nämlich auf 830.000 (XNA, 13.8.93). Von staatlicher Seite war verfügt worden, daß die im staatlichen Plan vorgesehenen Studentenzahlen das Hauptkontingent der Studierenden darzustellen hätten. Lediglich wenn darüber hinaus noch Kapazität vorhanden ist, dürfen bestimmte Hochschulen zusätzlich Studenten aufnehmen. In diesem Jahr wurde offenbar das Gesetz der Verhältnismäßigkeit mißachtet. -st-

\*(21)

#### **Einjährige Militärausbildung für Studenten aufgehoben**

Inzwischen haben sich Berichte Hongkonger Zeitungen bestätigt, daß die einjährige militärische Ausbildung für Studenten der Beijing- und der Fudan-Universität eingestellt worden ist (vgl. C.a. 1993/3, U 20). Sie war 1989 als Folge der Studentendemonstrationen an einer Reihe von Universitäten eingeführt worden. Ab Beginn des neuen Studienjahres im September wird die militärische Unterweisung der Studenten nur noch 5-6 Wochen betragen. Dies teilte ein stellvertretender Erziehungsminister kürzlich in der Militärakademie Nanchang mit, wo die Studenten der Fudan-Universität militärisch gedrillt worden waren. (Radio

Jiangxi, 8.7.93, nach SWB, 15.7.93) Auf die politisch-ideologische Erziehung der Studenten wird aber nach wie vor größter Wert gelegt, wie erst kürzlich wieder auf einer nationalen Konferenz über die Parteiarbeit an tertiären Bildungsinstitutionen bekräftigt wurde (XNA, 30.7.93). -st-

\*(22)

#### **Unterstützung für bedürftige Studenten**

Die Staatliche Erziehungskommission und das Finanzministerium haben kürzlich ein Zirkular erlassen, in dem die Hochschulen aufgefordert werden, bedürftige Studenten finanziell zu unterstützen. Untersuchungen hätten ergeben, so heißt es, daß an fast allen Hochschulen bedürftige Studenten studieren. Sie kommen größtenteils vom Lande, aus den Grenzgebieten oder armen Gebieten, und ihre Familien befinden sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das Zirkular lenkt die Aufmerksamkeit der Hochschulen auf diese Studenten und ruft dazu auf, deren Probleme zu untersuchen und ihnen finanziell zu helfen, damit sie zuzende studieren können und nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihr Studium aufgeben müssen. Auf Anweisung der beiden Ministerien sollen die Hochschulen bei der Vergabe von Stipendien und Darlehen in erster Linie bedürftige Studenten berücksichtigen. Die Höhe der Unterstützung soll sich nach den Mindestkosten für Studium und Lebenshaltung richten und von der Hochschule festgesetzt werden. Darüber hinaus sollen bedürftige Studenten an Arbeitsprogrammen teilnehmen, um sich zusätzlich zum Studium Geld zu verdienen. Außerdem sollen die Hochschulen ihnen die Studiengebühren kürzen. (Vgl. GMRB, 7.8.93; RMRB, 9.8.93)

Im Zuge der Hochschulreform der letzten Jahre wurde das Prinzip des staatlich finanzierten Studiums aufgegeben, d.h. die Studenten müssen ihr Studium zunehmend selbst finanzieren. Staatliche Stipendien gibt es nur noch für bestimmte Mangelfächer. Weitere Möglichkeiten, sein Studium zu finanzieren, sind Darlehen und Werkstudium. -st-

\*(23)

#### **Erziehungsminister nimmt Stellung zu Minban-Schulen**

In China gibt es kein einheitliches staatliches Schulwesen. Vielmehr gibt es neben den staatlichen Schulen, die

sich zumeist im städtischen Bereich finden, sog. *minban*-Schulen, wörtlich: vom Volk betriebene Schulen, also nichtstaatliche Schulen, die von Kollektiven, Organisationen oder Einzelpersonen eingerichtet und betrieben werden. Sie befinden sich vor allem auf dem Lande. Sie wurden bereits in der Kulturrevolution zur Entlastung des Staatshaushalts und als Ausdruck lokaler Autonomie eingerichtet. Da sich China auch heute ein allgemeines staatliches Schulwesen aus finanziellen Gründen nicht leisten kann, nehmen die *minban*-Schulen im Bildungssystem der Reformperiode ebenfalls einen wichtigen Platz ein. Ein großer Teil von ihnen ist allerdings mit schweren Problemen behaftet; vor allem leiden viele unter Geldmangel, mangelnder Qualifikation ihrer Lehrer und mangelhafter Ausstattung. Deshalb geht die Tendenz im Grunde dahin, die *minban*-Schulen zumindest als Regelschule abzuschaffen, doch auf absehbare Zeit sind sie unverzichtbar, und die Regierung ruft die Gesellschaft sogar auf, solche Schulen zu gründen.

In diesem Zusammenhang sind jüngste Äußerungen des Erziehungsministers Zhu Kaixuan von Interesse, die dieser in einem Artikel in der *Volkszeitung* machte (RMRB, 4.8.93). Darin bezeichnete Zhu die *minban*-Schulen als eine gute Sache, die der Staat unterstütze. Als *minban*-Schulen, so der Minister, würden Schulen bezeichnet, die von den verschiedenen Parteien, von gesellschaftlichen Gruppierungen, Kollektivorganisationen und einzelnen Bürgern geführt würden. Es gebe jetzt sogar öffentliche Schulen (*gongban xuexiao*), die in *minban*-Schulen umgewandelt würden. Die *minban*-Schulen seien wichtig, weil sie das Engagement der Gesellschaft und der Bürger für das Schulwesen mobilisiere, das staatliche Monopol für das Betreiben von Schulen aufhebe und den Staat finanziell entlaste.

Der Minister nannte auch Zahlen: In ganz China gebe es über 20.000 *minban*-Schulen, einschließlich Kindergärten. Diese Zahl gliedert sich nach seinen Ausführungen wie folgt auf:

- 1.600 Grund- und Mittelschulen mit nahezu 200.000 Schülern
- 13.800 Kindergärten mit über 530.000 Kindern
- 10 staatlich anerkannte Hochschulen (davon 7 reguläre und 3 für Erwachsenenbildung)

- 40 Institutionen, die gemeinsam von gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Organisationen oder Unternehmen betrieben werden und Studiengänge auf Hochschulebene anbieten
- ca. 500 tertiäre Bildungsinstitutionen, die die Anerkennung der Provinzebene haben und einzelne Kurse anbieten (vergeben keine Diplome über formale Studiengänge, sondern nur Zeugnisse über die jeweiligen Kurse)
- über 10.000 Schulen für beruflich-technische Bildung, Bildung für das gesellschaftliche und kulturelle Leben, Ergänzungs- und Fortbildungsstudium ohne formale Studiengänge.

Damit nehmen die *minban*-Schulen nur einen sehr geringen Teil im gesamten Schulwesen Chinas ein. Die Zahl der Schulen (Hoch-, Mittel-, Grundschulen sowie Kindergärten) in China beträgt laut Statistischem Jahrbuch (1992) knapp 1 Million, wobei jedoch unklar ist, ob die *minban*-Schulen darin enthalten sind.

Trotz seines Lobes für die *minban*-Schulen verschwieg Zhu Kaixuan keineswegs deren Probleme. So bemängelte er u.a., daß die Qualität vieler Schulen unzureichend sei, daß einige Schulen unautorisiert Diplome vergäben und nur auf Profit aus seien. Seiner Meinung nach sollten nichtöffentliche Schulen hauptsächlich in den Bereichen Elementarbildung, beruflich-technische Bildung, Weiterbildung und Nachhilfe tätig werden, wobei der Schwerpunkt auf den beiden ersten liegen sollte. Auf dem Lande, insbesondere in gebirgigen und armen Gegenden, sollen vorwiegend Grund- und Internatsschulen eingerichtet werden, in den Städten *minban*-Schulen für Kinder von Leuten, die sich permanent in der Stadt aufhalten, dort jedoch kein Haushaltsregister haben.

Grundsätzlich befürwortete der Minister auch *minban*-Schulen im tertiären Bereich. Für deren Gründung sei jedoch die Genehmigung der lokalen Behörden und danach der Staatlichen Erziehungskommission erforderlich. Außerdem müsse der Staat hier besonders darauf achten, daß die Diplome solcher Schulen dem Standard entsprächen.

Ausführlich äußerte sich Zhu Kaixuan zu dem derzeit viel diskutierten Problem sogenannter "Aristokraten-schulen" (*guizu xuexiao*). Bei ihnen handelt es sich um exklusive, sehr teure Privatschulen für Kinder wohlhabender Eltern, die in jüngster Zeit zunehmend gebaut werden. "Aristokraten" heranzubilden, so der Minister, widerspräche der chinesischen Bildungspolitik, und Schulen mit einem solchen Bildungsziel müßten ihre Richtung ändern. Zugleich aber hatte er keine Einwände gegen Schulen, die sich aufgrund hoher Schulgelder eine bessere Ausstattung und bessere Lehrer leisten können, selbst wenn sie nur den Reichen zur Verfügung stünden. Die Hauptsache sei, daß diese Schulen sich an die staatliche Bildungspolitik hielten und dem öffentlichen Wohl dienten. Deshalb dürften sie auf keinen Fall das Ziel verfolgen, Profite zu machen. Gewinne müßten für die Schule verwendet werden.

Zum Schluß kündigte der Minister an, daß die Staatliche Erziehungskommission gerade dabei sei, neue Bestimmungen für *minban*-Schulen auszuarbeiten. Man wolle diesen Schulen die richtige Führung geben und die Kontrolle über sie stärken, damit sie schrittweise standardisiert und den Gesetzen unterworfen würden.

Den Ausführungen des Ministers ist zu entnehmen, daß die Regierung bis auf weiteres davon absieht, ein einheitliches öffentliches Schulsystem einzuführen. Statt dessen läßt sie gemäß dem allgemein propagierten Grundsatz der ungleichen Entwicklung verschiedene Strukturen, Finanzierungsformen und Qualitätsunterschiede gelten. Doch haben sich alle Schulen an den staatlichen Rahmenplänen zu orientieren. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(24)

### Sino-indonesische Wirtschaftskooperation

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1990 hat sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Indonesien schrittweise intensiviert. Zu dieser Entwicklung haben nicht nur die zahlreichen